

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Buchhändler und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.

Büro-Expeditionen.  
New-York: 221. Broadway, 154. Kl. Bridge Str.  
Philadelphia: 2. Bldg., 400 North  
3rd Street.  
J. Bell, 1189 Charlotte Str.  
Boston: N. J.: 7. E. St., 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: 2. Eastman, 74. O'Byrne Str.  
San Francisco: 2. E. St., 418 O'Farrell Str.  
London: W.: 4. Court, 8. New Str.  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 117.

Freitag, 5. Oktober.

1877.

### Die Folgen des großen Krachs.

1.

Nachdem die kapitalistische Produktionsweise sich in den meisten und wichtigsten Ländern der Erde eingebürgert hat, muß eine Krise in derselben — wofür wir recht wohl den Ausdruck Krach anwenden dürfen, ganz andere oder theilweis andere Folgen entwickeln, als zur Zeit, da nur erst wenige Länder kapitalistisch im Großen produzierten. Es gilt, diese möglichen Folgen nach Maßgabe der Erfahrung zu zergliedern.

Der kapitalistische Großbetrieb setzt unter anderen Dingen auch das Vorhandensein solcher Länder voraus, welche keinen solchen Großbetrieb, oder nur in wenigen Geschäftszweigen haben, so daß sie als Absatzgebiete dienen können. Wir wissen, daß England sich genöthigt sah, durch Handelsverträge, durch bestehende Einwirkung auf die Gesetzgeber anderer Staaten, durch die planmäßige Erdrückung einheimischer Industrien in seinen Colonien, ja durch Kriege sich für seinen Großbetrieb immer neue und größere Absatzgebiete — den Weltmarkt im allgemeinen Sinne — zu erobern. Je mehr es nun Länder werden, welche den Großbetrieb in alle Arbeitszweige einführen, desto mehr Wettbewerb um den Weltmarkt giebt es. Und da der Großbetrieb mit Privatkapital eine wachsende Ungleichheit der Reichthümer erzeugt, welche durch gesteigerte Lebenshaltung der arbeitenden Klassen nur verzögert, aber nicht beseitigt werden kann, so lange es überhaupt noch Privatkapital giebt: so schrumpft der Absatz in jedem dieser Länder zusammen. Er schrumpft um so schneller und fühlbarer zusammen, nicht bloß je mehr es solcher Länder werden, sondern auch je mehr Arbeitszweige in jedem vom Großbetrieb ergriffen, und je großartiger durch verbesserte Technik die Arbeit getheilt und jede Stunde erzeugnisfähig gemacht wird.

Wir erleben es also jetzt, daß der Absatz für alle Großbetriebsländer in's Stoden kommt, daß deshalb die Produktion überall eingeschränkt und dadurch die arbeitenden Klassen und die von ihnen lebenden Mittelklassen brodblos und elend werden. Es ist also nicht abzusehen, wie diesem großen Krach ein Ende gemacht werden kann, so lange das Privatkapital den Großbetrieb beherrscht.

Demgemäß also verräth sich nach vier Jahren Andauer des Krachs überall eine völlige Rathlosigkeit unter den herrschenden Klassen, wie mit dem bestehenden Wirtschaftswesen eine Besserung zu erreichen sei. Alle Großbetriebsländer erfinden gleichsam an der Ueberfülle ihrer Erzeugungskraft, während doch einer großen Mehrtheil der Bevölkerung die Kaufkraft fehlt. Es werden nicht bloß große Waarenmassen überflüssig, weil unverkäuflich, sondern auch Millionen Menschen, weil fast alle Arbeitszweige überfüllt, und die nicht überfüllten nicht ausdehnbar sind, so lange sie vom Privatkapital beherrscht werden. Aus dieser Rathlosigkeit, aus diesem Geistesbankrott können die Staats- und Geschäftleute nicht herauskommen, weil sie vorher eine ganz andere Weltanschauung annehmen mußten — die unsrige —, was ihrem Ventel zu schwer fällt.

Es ist äußerst wichtig, daß wir genau die Gesetze kennen, welche zum Eintritt des allgemeinen Krachs geführt haben und welche sein Ende bewirken können. Diese Gesetze sind theilweis noch nicht streng hingestellt und bewiesen worden, und das erste und allgemeinste scheint uns dieses zu sein:

In dem Maße, wie das Privatkapital im Preise und im Tauschwerthe steigt, sinkt die Arbeitskraft im Preise und im Tauschwerthe, und umgekehrt. Wir haben den Beweis dieses Satzes zu versuchen.

Das Privatkapital setzt eine von ihren Arbeitsmitteln getrennte, persönlich freie (vogelfreie) Arbeiterbevölkerung voraus, welche mit ihm Verträge um Arbeitsgelegenheit und Lohn abschließt. Da die Freiheit auf beiden feilschenden Seiten ungleich ist und auf Seiten des Arbeitgebers zunehmen, auf Seiten des Arbeiters abzunehmen den Zug hat, so ist der Lohn nicht länger und wird immer weniger ein Gleichwerth mit der Arbeitsleistung, sondern sinkt, wie diese steigt. Das Tauschverhältniß, welches ursprünglich nur zwischen gleichen Werthen statthatte, wird ein Preisverhältniß, geht in sein Gegentheil über. Die Preise richten sich nicht nach den Tauschwerthen, welche voraussetzen, daß Wäiter, deren Hervorbringung gleichviel gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeitszeit verkörpern, gegen einander die Hände wechseln, sondern die Preise richten sich nach dem Zufalle des Angebots und der Nachfrage, sowie nach dem Werthe des Geldes, in welchem ihre Höhe ausgedrückt wird. Angebot und Nachfrage aber sind unter der Kapitalwirtschaft nicht lediglich durch Naturgesetze, sondern überwiegend durch künstliche, vom Kapital gemachte Gesetze bestimmt, und genau so ist es mit dem Werthe des Geldes — oder was hier auf dasselbe hinauskommt — mit dem Preise des Geldes, seinem Zinsfuße. Es sind aber Menschengesetze, welche das Kapital im Privatbesitz — wenn auch nicht ursprünglich geschaffen — doch durch Sicherstellung und Erziehung befestigt haben. Dadurch haben sie die falsche Ansicht allgemein gemacht, daß Preis und Tauschwerth dasselbe sei; daß der enterbte Lohnarbeiter im Preise seiner Arbeit wirklich deren Tauschwerth bekomme; daß das Privatkapital wirklich Werthe erzeuge und dafür seinen Lohn oder Tauschwerth oder Preis — genannt Zins — verdiene. Die Erziehung aller Klassen hat diese Vermengung der Begriffe erzeugt und die Schwierigkeit für den Arbeiter geschaffen, seine Freiheit im Verträge mit dem Kapitalisten zu behaupten.

Je mehr also der Arbeiter verlernt, daß Preis und Tauschwerth weit verschiedene Dinge sind, je mehr er mit sinkender eigener Freiheit sie für dasselbe hält, desto mehr steigert er den Preis und damit den Tauschwerth des Kapitals in allen seinen Formen und senkt Preis und Tauschwerth seiner Arbeitskraft,

und umgekehrt — was eben zu beweisen war. Die Mehrarbeit und der Mehrwerth entstehen also überwiegend durch geistige und leibliche Unfreiheit der Arbeiter, mit einem Worte durch Gesetzgebung.

Dieses allgemeinste ökonomische Gesetz wird nun freilich in manchen Fällen scheinbar umgestoßen und in sein Gegentheil verkehrt. Wenn man aber solche Ausnahmefälle nach Maßgabe der Erfahrung untersucht und aus genügenden Ursachen erklären kann, so wird das Gesetz nur um so mehr bestätigt.

Einen solchen Ausnahmefall liefern z. B. die Vereinigten Staaten in den ersten 80—90 Jahren ihrer Geschichte. Die Gesetzgebung beabsichtigte einen zahlreichen unabhängigen Mittelstand, also wirkliche Republikaner, zu schaffen und gab eine ungeheure Landstrecke, welche sie durch Ankäufe oft vermehrte, fast unentgeltlich in kleinen Landstücken der Besiedelung preis, zerstörte fast alle großen feudalen Landbesitze, gab Bankerottgesetze, welche jedem im Geschäft Gebrochenen seine Schuldenlast leicht und rasch abzuschnüdeln erlaubten, um ein neues Leben anzufangen, suchte die Bankrechte einzudämmen u. s. w. Da anfangs Jedermann ohne alles Kapital, später mit sehr geringem, ein Landeigner werden konnte, und da eine riesige Einwanderung und rasche einheimische Volkszunahme die Nachfrage nach Land und seinen Erzeugnissen steigerte, so wurde fast jeder fleißige und sparsame Ansjedler, besonders wenn er sich einen günstigen gelegenen Platz ausgesucht hatte, im Laufe einiger Jahrzehnte ein wohlhabender, ja vielleicht ein reicher Mann. Das Geld aber hatte einen hohen Werth und man konnte viel einheimische Waaren dafür kaufen, es trug also auch einen hohen Zinsfuß ein (bis zu 36, ja 48 Prozenten), obgleich die Arbeitskraft theuer war, weil besiegeltes arbares Land rasch im Preise stieg.

Diese Ausnahme von unserm Gesetze ist also bereits durch die Reueit des Landes erklärt — es gab keinen durch Gesetzgebung dauernd enterbten Arbeiterstand. Wer als blutarmer Lohnarbeiter anfing, hatte in wenigen Jahren soviel erübrigt, um als Landbesitzer und vielleicht nebenbei als kleiner Geschäftsmann ein Kleinkapitalist und nach weiteren Jahren durch die Nachwanderung ganzer Volksmassen ein Großkapitalist und Spekulant zu werden. Verunglückte seine Spekulation, so durfte ihm von den Gläubigern ein Mindestsatz (gewöhnlich 500 Dollars werth) nicht weggenommen werden, und bald war er wieder flott, brauchte kein Lohnarbeiter zu werden, ja er konnte sich durch vielmaligen betrügerischen Bankrott sehr bereichern. Schon dieser Umstand erklärt den überaus hohen Zinsfuß. Es bedurfte also nur eines Schutzgells, um das in andere Spekulationen zerstückelte Kapital der Industriewaaren-Erzeugung mit riesigen Gewinnen zuzuwenden, so war der kapitalistisch-Großbetrieb wie ein Pilz großgewachsen. Jetzt kam die Zeit, da alles brauchbare unbebaute Land seinen Herrn hatte und so sehr im Preise stieg, daß ein enterbter Arbeiter nur mit größeren Ersparnissen und indem er sich mit Schulden belad, Grundeigner werden konnte, und daß dasselbe von allen Kleingewerbeten galt. Wenn jetzt der Zinsfuß sank, obgleich das Land im Preise stieg und der Arbeitslohn zu sinken begann, so war die starke Einwanderung von Großkapital daran schuld, welches hierzulande höhere Zinsen und Gewinne suchte, als in Europa möglich, während zugleich die Einwanderung von Lohnarbeitern noch ziemlich stark andauerte.

Auch diese Ausnahme vom obigen Gesetze ist also leicht zu erklären. Und als nun der große Weltkrach kam, und das Land überfüll von Waaren und Lohnarbeitern ohne Absatz sich erwiebs, sanken Zinsfuß und Landpreis auf die ungefähre Hälfte von vorher, und es bleibt zu erklären, warum gleichzeitig der Arbeitslohn auf das Drittel des früheren sank. Es ist aber leicht zu begreifen, daß die überschüssige Arbeiterzahl, weil sie im Glauben an den Kapitalismus erzogen, in der Hoffnung auf bessere Zeiten und Kapitalbesitz festgeankert und selbstständig vereinzelt war, sich äußerst schwer zu gemeinsamem Handeln entschließen konnte, durch welches sie ökonomischen und politischen Einfluß erlangen und ihren Lohn steigern, ihre Arbeitszeit verkürzen, die Arbeitslosen in Lohn und Brod bringen mochte.

Ein anderer leicht erklärlicher Ausnahmefall wurde in Deutschland seit dem „Fünfmilliarden-Segen“ beobachtet. Der scheinbare Kapitalreichtum war plötzlich vermehrt, und der Zinsfuß hätte also sinken sollen. Aber eine noch weit größere Spekulationswuth bemächtigte sich einer zahlreichen Schwindlerklasse, welche bei dem amerikanischen Schwindel in die Schule gegangen war, und ries massenhaft ungerechtfertigte Unternehmungen, also auch hohe Arbeitslöhne hervor. Die Löhne würden aber nicht oder wenig gestiegen sein, wenn nicht vorher die von Lassalle und Marx ausgegangene Organisation der Lohnarbeiter breiten Boden gefunden hätte. Die Lohnarbeiterschaft konnte Nutzen aus dem Schwindel der Kapitalisten ziehen, weil sie nicht selbstständig vereinzelt und gemeinsamer Steigerung ihrer Lebenshaltung unfähig war, wie die amerikanische Arbeiterwelt, sondern ihre vereinte Macht dazu angewendete.

Die Organisation der Arbeiter tritt also bis zu einem gewissen Grade an Stelle gesetzgebender Macht, und während die letztere noch im ausschließlichen Besitze der Kapitalistenklasse bleibt, vermag sie dieselbe durch ökonomische Handlung soweit aufzuwiegen, daß sie unser obiges Gesetz vorübergehend und örtlich einschränkt. Zu einer Aufhebung des Gesetzes aber kann es erst kommen, sobald die Arbeiterkraft sich mehr und mehr an der gesetzgebenden Macht theilhaftig. Dann verliert zuerst das Kapital seine bis dahin ungefäherte Sicherheit, und damit seinen Preis und zuletzt sogar allen denjenigen Tauschwerth, welcher bloß Scheinwerth, bloß durch Menschengesetze geschaffen war. Und genau um ebenso viel muß der Preis und damit auch der wirkliche Tauschwerth der Arbeit steigen, also auch dessen, was sie schafft. Der Preis aber ist ihr Lohn, und der

Tauschwerth ist ihre Leistungsfähigkeit in gegebener Zeit und unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der Preis kommt mehr dem Tauschwerth gleich, und dadurch wird dieser leistungsfähiger.

### Aus Frankreich.

— den 28. September.

Seit langem schon hat der „Vorwärts“ den konservativen und radikalen Republikanismus in Frankreich bekämpft. Da die Austilgung der Commune vielleicht für lange Zeit noch die Elemente einer sozialistischen Bewegung gewalttham zerstört hat, so sind wir, die kleine Minorität sozialistisch gesinnter Franzosen, hauptsächlich darauf angewiesen, der auswärtigen Bewegung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Deshalb hat uns die Haltung des „Vorwärts“ in Betreff der politischen Lage Frankreichs Trost über die Erbärmlichkeit derselben eingefloßt. Daß Ihr Standpunkt vollständig gerechtfertigt ist, das können und müssen wir durch und durch bestätigen. Uns fehlt die Zeit, Ihnen Alles mitzutheilen, was Ihre Auffassung in Bezug auf jeden Streitpunkt begründen würde, und hier ist es jetzt auch unmöglich, ein Blatt zu finden,\*) welches unsere Enthaltungen und Auseinandersetzungen, ohne irgend welche polemische Randglosse, aufnehmen würde. Aber eine Quelle können wir Ihnen bezeichnen, aus welcher Sie das Material ebenso gut wie wir selbst schöpfen können. Es sind das die jetzt äußerst seltenen Werke des verstorbenen Communemitgliedes Vermorel: „Les hommes de 1848“ (Die Männer von 1848); „Les hommes de 1851“ (Die Männer von 1851) und „Les Vampires“ (Die Vampire). Die zwei ersten Werke erschienen als: „Philosophie de l'histoire contemporaine“ (Philosophie der Zeitgeschichte). Alle Exemplare von „Les hommes de 1848“ sind vergriffen; der Autor selbst wurde während der Waiwoche auf einer Barricade zu Tod verwundet. Ob er gleich der deutschen Bewegung auf dem Gebiet der sozialistisch-national-ökonomischen Kritik und ihren Resultaten durchaus fremd blieb, stimmen doch mit diesen Resultaten die Aeußerungen des Hrn. Vermorel über die Bourgeois-Republikaner so frappant überein, daß wir es Ihnen selbst überlassen, die Uebereinstimmung im Einzelnen zu constatiren.

Zur Zeit, wo die Streitfrage über diese Leute: die Bourgeoisrepublikaner entstand, konnten wir nicht eintreten, um Ihnen — des „Vorwärts“ — Standpunkt als den einzig wahren zu verteidigen. Jetzt aber fühlen wir als französische Parteigenossen es als unsere Pflicht, angesichts der Thatfache, daß bisher kein französischer Sozialist mit der deutschen sozialdemokratischen Bewegung im Ganzen und Großen bekannt war, mit Kenntniss der Gründe der deutschen Meinung über die Bourgeoisrepublikaner diese Streitfrage in ihrem ganzen Umfange, politisch und sozial, auseinandergelegt hat — jetzt fühlen wir es als unsere Pflicht, zu erklären: daß das Verständniß der politischen Angelegenheiten Frankreichs in ihrem inneren Sinne kritisch wissenschaftlich nur aus den deutschen, bekanntlich von Marx verfaßten Schriften: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ und „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ u. s. w. herzuleiten ist.

Vermorel's Werke sind die gewissenhafteste, die belehrendste Sammlung offizieller Aktenstücke über die Februarrevolution und den Ursprung des zweiten Kaiserreichs. Was deren Hauptinteresse für Sie und für uns bildet, ist, daß sie Tag für Tag, Schritt für Schritt den so meisterhaft von Marx erforschten Begebenheiten des Klassenkampfes folgen, sie beleuchten und durch die bloße Darstellung der Vorkommnisse jeden Tag praktisch Alles bestätigen, was Marx mit so scharfer Einsicht theoretisch behauptet.

Der Kampf der Sozialdemokratie ist international. Deshalb müssen wir uns gegenseitig Waffen leihen. Wir haben geglaubt, daß wegen der oben angegebenen Gründe Vermorel's Werke der Beachtung werth wären. Wir stellen sie Ihnen zur Verfügung, wenn unsere freundschaftliche Mittheilung Ihre Aufmerksamkeit erregt, und werden Ihnen gern die Bände für ein paar Monate leihen.\*\*)

Rachschrist. Wir haben soeben in der „Zukunft“ gelesen: Der 16. Mai und die französischen Sozialisten. Von Jules Guesde. Wir beharren jedoch bei der Meinung des „Vorwärts“: „Wir dürfen uns nicht zu Werkzeugen und Anhängeln der Herren Bourgeoisrepublikaner degradiren“; und unter den jetzigen Umständen muß unsere Thätigkeit sich vor Allem darauf richten, „Aufklärung, volle Aufklärung in's Volk hineinzutragen.“ Unserm Standpunkt werden wir uns erlauben, in einem andern Brief näher darzustellen.\*\*\*)

En passant (Im Vorbeigehen). Machen Sie doch die Leser des „Vorwärts“ darauf aufmerksam, daß die Uebersetzung von Tschernyschewski's Novelle „Que faire“ (Was thun), sehr schlecht ist; deshalb dürfen Sie nicht wegen einiger Mängel das Buch verwerten. Fragen Sie einmal Hrn. Dr. de Paep, er wird Ihnen erzählen können, wie es sich zugeht. Das Buch enthält horrende Barbarismen und Druckfehler.

Unser ungehobenes Deutsch wird, hoffen wir, Ihnen keine besonderen Schwierigkeiten bereiten.††)

\*) Diesem Mangel wird nun hoffentlich bald abgeholfen sein.  
\*\*) Dankend angenommen! Red. d. „Vorwärts“.  
\*\*\*) Soll uns sehr freuen! Wir hoffen auf regelmäßige Mittheilungen. Red. d. „Vorwärts“.  
†) Bestätigt.  
††) Es war vollkommen verständlich und wir hatten sehr wenig zu ändern. Red. d. „Vorwärts“.



## Sozialpolitische Uebersicht.

— Vom Kriegsschauplatz wirre Gerüchte. Vor einigen Tagen „großer Sieg“ des Cäsarewitsch über Mehemed Ali, seitdem in blauen Dunst aufgelöst, jetzt „großer Sieg“ Osman Pascha's über Russen und Rumänen, von dem in einigen Tagen ebenfalls nichts übrig geblieben sein dürfte. Wir müssen auch von diesen Gerüchten Notiz nehmen, da es vollkommen unmöglich ist, Gerüchte und Thatsachen auf den ersten Blick voneinander zu unterscheiden. Und kurze Berichte über den Stand des Krieges verlangen unsere Leser von uns und haben sie ein Recht, von uns zu verlangen. Als wir vor Beginn und zu Anfang des Krieges die militärischen und politischen Vorgänge gar nicht, oder nur in vereinzelten kurzen Skizzen berührten, liefen von allen Seiten Beschwerden ein. Jetzt, da wir den Wünschen der Leser Rechnung zu tragen bemüht sind, kommt man uns — allerdings ist es sehr selten geschehen — mit einem Vorwurf anderer Art: wir sichtet die Nachrichten nicht sorgfältig genug, hätten wiederholt Nachrichten verbreitet, die sich als falsch herausgestellt. Besteres ist vollkommen richtig, allein den Vorwurf weisen wir entschlossen zurück. Wir üben die gewissenhafteste und strengste Kritik und haben nie eine Nachricht veröffentlicht, die nicht in glaubwürdiger Form auftrat und aus unverständlicher Quelle zu stammen schien. Daß wir uns mehrmals getäuscht, ist allerdings wahr, ließ sich indes nicht vermeiden und wir können uns damit trösten, daß die größten europäischen Zeitungen, die nicht bloß besondere Kriegscorrespondenten, sondern auch für ihre Kriegsberichte besondere militärische Redakteure haben, „Times“, „Standard“ u. c. und von deutschen Blättern die „Kölnische Zeitung“ u. A. nicht bloß in dieselben Irrthümer verfallen sind wie wir, sondern auch in viele andere, die wir durch sorgfältige Prüfung vermieden haben, z. B. die Nachrichten von großen Schlachten, die zwischen dem 12. und 26. Sept. vor Plewna geschlagen sein sollten. Der „Vorwärts“ ist beiläufig — und das muß berücksichtigt werden — den großen Zeitungen gegenüber in der ungünstigen Lage, daß er bloß dreimal wöchentlich erscheint und daß jede Nummer zwei Tage vor dem Datum des Erscheinens (wegen der großen Auflage und Versendung in alle Winkel Deutschlands) gedruckt werden muß. So ist es möglich, daß eine Nachricht, die am Tage des Drucks für authentisch galt, am Tage des Erscheinens schon dementirt sein und dadurch bei Unkundigen die Vermuthung erweckt werden kann, die Redaktion sei nicht mit der nöthigen Vorsicht verfahren. — Einer unserer Abonnenten hat uns ferner den Vorwurf gemacht, wir übertrieben die Verluste der Russen und gäben überhaupt ein den Russen zu ungünstiges, den Türken zu günstiges Bild. Auch diesen Vorwurf müssen wir energisch zurückweisen. Kein Zweifel, wir wünschen den russischen Waffen nicht den Sieg; wir freuen uns über die Niederlagen der Russen, und demgemäß über die Waffenerfolge der Türken — allein damit ergreifen wir doch nicht Partei für die Türken. Wir stellen uns einfach auf den Standpunkt unserer Parteinteressen und unserer nationalen — ja Ihrer deutschen Herren Rubelkandaber! — unserer nationalen Interessen. Den türkischen Siegen verdanken wir es, daß die Macht, welche den Rückhalt des europäischen, namentlich deutschen Absolutismus bildete, welche die Civilisation und unsre nationale Existenz bedrohte, unschädlich gemacht, und daß Deutschland vor einem zweiten Krieg mit Frankreich bewahrt worden ist, dessen Schrecknisse sich nicht hätten absehen lassen. Und haben wir etwa von den siegreichen Türken etwas zu befürchten? Der fanatischste Türkenfeind wird zugestehen müssen, daß die Türken längst aufgehört haben, ein Eroberer Volk zu sein. Sie haben im Innern vollauf zu thun, und sind sie der russischen Eindringlinge Herr geworden, so haben sie die Wahl, entweder zu versauern, oder — ernsthaft zu reformiren.

Wir wissen nicht, ob sie das Bessere thun werden, wissen aber, daß das Urtheil Derer, welche die Türken als kultur- und reformunfähig erklären, auf Unkenntniß, wo nicht auf Rubellogik beruht. Doch darüber gelegentlich mehr. Für heute nur eine Bemerkung gegen den Vorwurf, wir übertrieben die russischen Verluste. Wir haben dieselben nicht nur nicht übertrieben, sondern eher unterschätzt. Ein russischer Offizier, der für die „Wiener Abendpost“ schreibt, spricht von 100,000 russischen Soldaten, die theils vor dem Feind, theils an Krankheiten erlegen sind. Das ist aber viel zu wenig, und wird nicht einmal für die Verluste in Europa ausreichen. Die „Kölnische Zeitung“ berechnet die Verluste in Bulgarien durch Wunden auf 64,000, wobei die letzte Schlacht bei Plewna allein mit 20,000 Mann (die Verluste der Rumänen nicht eingerechnet) figurirt, was nach anderen Berichten um 5000 zu niedrig sein soll.

## Ein Stück Geschichte.

Defension (Verteidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

(Som Justizrath Robe (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Die Papiere Schlöffels ergaben, daß Wander mit Schlöffel in Correspondenz gestanden. Namentlich war ein Brief darunter, in welchem Wander auf eine Einladung Schlöffel's und dessen Erboten, ihn durch seine Equipage von Hirschberg nach Eichberg abholen zu lassen, ablehnend erwidert hatte, „weil dies zu viel Aufsehen mache“, er wolle lieber zu Fuße kommen. Dieser Brief war wiederum Stieber vollkommen genügend, sofort auch in die Wohnung Wander's einzubringen, und auch dessen Schriften in Beschlag zu nehmen. Stieber rechtfertigt diesen Schritt in der bei den polizeilichen Voruntersuchungsakten befindlichen Verhandlung vom 14. März d. J. auf folgende naive Weise: Er habe im Auftrage des Ministeriums des Innern im Hirschberger Thale eine hochverrätherische Verschwörung ermittelt, deren Tendenz auf nichts Geringeres hinausgehe, als Schlesien zur Republik zu machen — und im ganzen Staat, sei es selbst mit Verletzung der persönlichen Sicherheit des Staatsoberhauptes, eine Umwälzung der Verfassung zu bewirken.“ Es habe sich dabei der dringende Verdacht herausgestellt, „daß der Fabrikant Schlöffel an der Spitze dieser Verbindung stehe, und die Wirksamkeit, welche Schlöffel in dem Hirschberger Gewerbeverein in einer höchst ungesetzlichen Weise an den Tag gelegt, bilde eines der mehresten Indicien, auf welche sich der gegen Schlöffel entstandene Verdacht gründe. Durch diese Theilnahme des Schlöffel bei der hochverrätherischen Verbindung sei aber auch der Verdacht rege geworden, daß dieselbe dem Lehrer Wander nicht fremd sei.“ Man erkenne, daß Stieber, um zu dem vorgestreckten Ziel seiner Schlüsse zu gelangen, nicht eben bedenklich ist. Die Thätigkeit Schlöffel's im Hirschberger Gewerbeverein war eben nur noch „eins der Indicien, auf welche sich der gegen Schlöffel entstandene Verdacht gründete“; in der nächsten Zeile darauf steht aber die Theilnahme Schlöffel's bei der hochverrätherischen Verbindung bereits so fest, daß Stieber diese eben erst nur georgwöhnte Theilnahme völlig zum Verdachtsgrund auch gegen

Die Zahl der von Krankheiten Betroffenen wurde schon vor 5 Wochen von englischen Blättern auf 62,000 (wir hatten bloß 60,000 angegeben) geschätzt. Wenn man das ungeheure Klima (die mörderische Dobrußtscha, welche im vorigen Krieg binnen wenigen Wochen eine französische Division fast vernichtete, beherbergt seit Monaten andertausend russische Armeekorps!), die miserable Ernährung und Verpflegung bedenkt, und Vergleiche anstellt mit den Verlusten der Russen in früheren Türkenkriegen, dann kann man diese Ziffer unmöglich zu hoch finden. Und seit sie aufgestellt worden, ist schlechte Witterung eingetreten und haben Krankheiten aller Art fürchterliche Verheerungen angerichtet. Um jetzt zu passen, müßte die Ziffer sehr bedeutend erhöht werden. Und das bloß auf dem europäischen Kriegsschauplatz. In Armenien wurden die Verluste der Russen durch Wunden und Krankheiten von englischen Berichterstatter schon Anfangs August auf 30,000 Mann veranschlagt. Die letzten zwei Monate haben den Russen aber mindestens ebenso große Verluste gebracht, so daß der Gesamtverlust der total verunglückten armenischen Campagne ohne Gefahr der Uebertreibung auf 60,000 geschätzt werden kann. So viel zur Steuer der Wahrheit und „in eigener Sache“.

— Ein bitteres Urtheil über unsere liberalen und Fortschrittsgrößen. Ueber den Empfang des italienischen Kammerpräsidenten Crispi in Berlin läßt sich die offiziöse Wiener „Politische Correspondenz“ aus Berlin folgenden köstlichen Bericht schreiben:

„Eine so vorzügliche Aufnahme, wie sie im Frühling d. J. Herr v. Bennigsen, dem Präsidenten unseres Abgeordnetenhauses, durch die geschickten Anordnungen unseres Vorkämpfers, Herrn v. Keudell, in Rom zu Theil geworden, hat Herr Crispi hier leider nicht gefunden, wenigstens nicht eine solche, wie sie den sich immer intimer gestaltenden Beziehungen zwischen Deutschland und Italien entsprochen hätte. Bis jetzt wird Herr Crispi schwerlich mehr als den Eindruck eines Reisenden gewonnen haben, der die erwartete Equipage auf dem Bahnhofe einer ihm fremden Stadt nicht vorfindet. Herr v. Bennigsen, welchem der Besuch des Herrn Crispi wohl in erster Linie galt, war nicht in Berlin, so daß sein italienischer Gastfreund zuvörderst einen Ausflug nach Dresden machen konnte, um den Trauerfeierlichkeiten am dortigen Hofe beizuwohnen. Herr v. Bennigsen traf inzwischen hier ein und nahm, wiewohl ihn nicht ausschließlich dieser Anlaß nach Berlin geführt hat, sofort die inzwischen von anderer Seite eingeleiteten Arrangements in die Hand, um Herrn Crispi wenigstens einige Aufmerksamkeiten zu erweisen. Den Höhepunkt derselben bildete ein in einem hübsigen Restaurant stattgehabtes Diner, an welchem 60—70, darunter allerdings nur wenige durch Rang und Stellung hervortretende Personen theilnahmen. Das auswärtige Amt war gar nicht vertreten, überhaupt kein Mitglied der Reichsbehörden und nur zwei preussische Beamte anwesend, vom Bundesrath die drei Vertreter Hessens, Braunschweigs und der Hansestädte. Ob der sonst im Hause einer gewissen Unnahbarkeit stehende italienische Vorkämpfer Graf de Launay in dem Menu Ersatz für die Zusammensetzung der Tafelgesellschaft gefunden hat, muß dahingestellt bleiben. Die letztere bestand fast ausschließlich aus liberalen und fortschrittlichen Abgeordneten, zwei oder drei Redakteuren, einigen Reportern u. s. w., so daß diese Manifestation einen etwas einseitigen Charakter hatte. Herr Crispi wird daher kaum in der Lage sein, eine richtige Auffassung über die hier für Italien herrschenden Gefühle mit nach Rom zu nehmen, ein Umstand, welcher, wie erwähnt, durch das leider wenig geschickte Arrangement herbeigeführt worden ist. Angesichts der Ehren, mit welchen Herr v. Bennigsen in Rom empfangen worden, ist es doppelt empfindlich, daß die Zahl der Herrn Crispi hier umgebenden politischen Nullen — in dem ihm gebotenen Bilde der Einheit Deutschlands — eine so bedeutende war.“

Schulze-Delitsch, Dr. Max Hirsch, Eugen Richter nahmen an dem Festmahl auch Theil. Schulze-Delitsch hielt sogar in recht später Stunde noch eine Rede, die aber von keinem Anwesenden, selbst vom Redner nicht, verstanden wurde. Daß die politischen Nullen sogar gegen Frankreich toastet, „Eure Feinde sind unsere Feinde“, gegessen und getrunken haben, seht den Herren noch dazu die politische Schellenkappe auf.

— Ein verunglücktes Dementi. Die Berliner „National-Zeitung“ brachte eine Notiz, in welcher es hieß: „Die angebliche Abcommanidung deutscher Militärärzte nach dem russisch-türkischen Kriegsschauplatz reduziert sich darauf, daß eine Anzahl

von Militärärzten einen Urlaub auf unbestimmte Zeit nachgesucht und erhalten hat.“

Darauf antwortet die Berliner „Tribüne“, gegen welche dieser Versuch eines Dementis gerichtet war, mit folgender interessanten Enthüllung:

„Wir hatten auf Grund verlässlicher Privatmittheilungen gemeldet, daß die erste und ursprüngliche Benachrichtigung an die betreffenden Militärärzte in Form einer kriegsministeriellen Ordre erfolgt sei. Der Bevollmächtigte der „National-Zeitung“ seinerseits sucht die „angebliche Abcommanidung“ (von der mit keiner Silbe gesprochen worden) auf eingereichte und bewilligte Urlaubsgesuche zu „reduziren“. Wir werden dadurch gezwungen, nochmals kurz auf die Sache zurück zu kommen, nicht weil wir ihr einen besonderen Grad von praktischer Wichtigkeit beilegen, als vielmehr, weil uns die Art und Weise befremdlich scheint, in der man hier einen Vorgang, für den die Beweise jeden Augenblick zu erbringen sind — ohne ersichtlichen Grund zu verschleiern sucht. . . . Thatsächlich steht nämlich fest, daß vor kürzerer Zeit an, wenn wir recht berichtet sind, fünfzehn Militärärzte der hiesigen Garnison eine kriegsministerielle Verfügung erging, etwa folgenden Inhalts: „Auf Allerhöchsten Spezialbefehl hat sich der Oberstabs- bezw. Stabsarzt N. N. bereit zu halten, sofort auf den Kriegsschauplatz nach Bulgare zu gehen.“ — Es erfolgten Nachfragen von Seiten der Empfänger dieser unerwarteten Verfügung, es wurden hier und da Einwendungen gegen dieselbe erhoben, bis nach einiger Zeit eine zweite Verordnung dahin erging, daß die erste Verfügung „einseitigen“ fiktiv werde. Es sei den Herren Ärzten überlassen, ihre etwaigen Gesuche um Beurlaubung auf den russisch-türkischen Kriegsschauplatz dem Kriegsministerium einzureichen und das Weitere zu gewärtigen. Bei dieser Verfügung hat es denn sein Bewenden gehalten, doch ist, wie wir glaubwürdig hören, die Zahl der Bewerbungen auch nicht annähernd in dem Umfange erfolgt, als man nach Maßgabe der ursprünglich erlassenen „Vorbereitungsordere“ höherer Orts angenommen und vielleicht gewünscht hat. Vergleicht man diese Darstellung, für deren Richtigkeit die Beweise uns zur Hand sind, mit der oben erwähnten Zuschrift an die „National-Zeitung“, so wird man erkennen, auf welche Bedeutung das verhehlte und unsichere Dementi in derselben zu „reduziren“ ist.

Es bleibt also dabei, daß Deutschland dem großen Mörder in Bulgarien allerlei Gefährlichkeiten erzeigt.

— „Der Oktobercongrès zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ — so lautete die Tagesordnung einer Berliner Stadtbezirksversammlung, in welcher kürzlich Dr. Max Hirsch referirte. Es wird hier also ganz naht ausgesprochen, daß der bevorstehende Congrès zu Gera, zu welchem die deutschen Liberalen und die deutschen Arbeiter (er hat ja wohl den Titel: Arbeitercongrès) eingeladen sind, keinen andern Zweck hat, als den, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Besterer wird von den Gegnern immer vorgeworfen, sie negire bloß, sie strebe nichts Positives an; natürlich ist dieser Vorwurf unbegründet. Aber jene Herren gehen selbst ein, daß sie Arbeitercongrès lediglich zu zerstörender Thätigkeit einberufen, lediglich zur Bekämpfung eines Prinzips, daß sie nichts schaffen und aufbauen können und wollen. So entpuppen sich diese „Vollsbeglücker“ immer mehr als Agenten der herrschenden Macht. Daß sie bei ihrem Gebelzer gegen die Sozialdemokratie eine zweifelhafte Aehnlichkeit haben mit den Wölfen, die den Mond anbellten, das sieht jeder Unbefangene längst, nur sie selbst in ihrer Wopseitelkeit merken es nicht.

— Die Prophezeiungen unserer Regierungsfreunde, daß Elsaß-Lothringen in kurzer Zeit wieder „regermanisirt“ werde, erleiden bei den Militärerbschäften immer einen harten Stoß; dahingegen erhalten durch dieselben jene Ansichten Unterstützung, welche die Annexion von Elsaß-Lothringen für ein Unheil Deutschlands erklären. Auch die letzte Militäraushebung führt uns sehr bezeichnende Ziffern vor die Augen: Die Zahl der Militärsichtigen belief sich auf 34,120. Von diesen konnte bei 7184 der Aufstellungsort nicht ermittelt werden. 1505 waren verzogen, unentschuldigt blieben 7044 aus. Als Drei-, Vier- und Einjährig-Freiwillige traten 1374 ein. Wegen Unwürdigkeit konnten 12, wegen dauernder Unbrauchbarkeit 2713 nicht ausgehoben werden. Der Reserve 1. Klasse waren 1112, der Reserve 2. Klasse 377 überwiesen, während 8343 auf ein Jahr zurückgestellt werden mußten. Ausgehoben und einzelnen Truppentheilen zugewiesen wurden 4381. 228 Elsaßer und 87 Lothringer wurden zur Garde eingestell. Besuche zur Zulassung

worden, geprüft waren, wurde Wander, der Verschwörer, nach dreitägiger Haft, und nachdem man ihm zu Protokoll vom 17. März d. J. auf alle Weise bedeutet hatte, wie die Schritte gegen ihn sogar überaus gerechtfertigt gewesen seien, wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Akten wurden zwar nach der von dem königl. Kammergericht zur Untersuchung der hochverrätherischen Verbindung hierher gesandten Commission vorgelegt; sie fand aber den Stieber'schen Verdacht gegen Wander unbegründet. Es hatte sich demnach nichts herausgestellt, was Stieber als so fest bestehend ansah, daß er darauf hin die persönliche Freiheit eines Bürgers zu beschränken unternahm.

Einen Andern würde ein solches Resultat etwas bedenklich gemacht haben, Stieber nicht. Er konnte sich nicht getäuscht haben; Wander war in Stieber's Phantasie einmal ein Verbrecher, ein diesmal ihm glücklich entgangener Verbrecher, aber entgangen bloß in der Hauptsache. Außerdem war es nothwendig, die Aufsehen erregenden Schritte doch einigermaßen, wenn nicht zu rechtfertigen, doch weniger bodenlos erscheinen zu lassen. Stieber wollte beweisen, daß, wenn Wander auch kein formell antastbarer Verschwörer und Hochverräther, doch durch Erregung von Mißvergnügen ein Vorbereiter des Hochverrats, daß wenn nicht das Verbrechen vollendet, doch der Wille vorhanden und der Anfang dazu bereits gemacht gewesen sei. Die Thätigkeit Wander's im hiesigen Gewerbeverein mußte das Mittel zu seiner weiteren gerichtlichen Verfolgung geben. Hatte Stieber den Gewerbeverein doch schon vom Anfang an als Mittel für die Verbreitung der hochverrätherischen Verbindung angesehen, dessen Hauptthandhaber Schlöffel und Wander gewesen sein sollten. Ueberdies war der Verein, und besonders Schlöffel's und Wander's Thätigkeit darin, schon einmal denunziert worden. Die damals von dem Präsidenten der königl. Regierung zu Liegnitz eingesehenen, im Gewerbeverein gehaltenen Vorträge Wander's waren von neuem mit seinen übrigen Papieren mit Beschlag belegt worden; sie lagen Stieber noch vor. Er begründete darauf seine gegenwärtige Denunciation.

Es bestand nämlich ein Verein schon seit Jahren in Hirschberg, und zwar als Gewerbeverein d. h. als ein Verein, in welchem von sachkundigen Leuten des Orts vor einer meist aus Gewerbetreibenden bestehenden Jurorerschaft gewerbdienstliche Vorträge zur Belehrung gehalten wurden. Er bestand mit ortspolizeilicher Erlaubniß und mit Genehmigung der königl-



zum einjährigen Militärdienst gingen 370 ein. Die Berechtigung wurde 215 Elsaß-Lothringern erteilt, 125 auf Grund von Schulzeugnissen, 90 nach bestandener Prüfung. 155 hatten die Prüfung nicht bestanden. — Also die Hälfte der Militärpflichtigen hat sich nicht gestellt! Und von denen, die sich stellten, wird kaum ein Einziger gewesen sein, der mit Lust in den bunten Rod geschlüpft ist. Dabei aber fahlet man wirklich oft genug von Elsaß-Lothringischer Reichstreue.

Das Programm der französischen Sozial-Republikaner, welches von einer Wählerversammlung des sozialistischen Montmartre-Bezirks in Paris mit Begeisterung auf- und angenommen wurde, lautet folgendermaßen: 1) Die Präsidentschaft der Republik wird abgeschafft. 2) Eine einzige Nationalversammlung wird durch allgemeines Stimmrecht ernannt; diese wählt aus ihrer Mitte die Minister, welche die vollstreckende Gewalt bilden, für ihre Akte stets verantwortlich sind und auch stets von der Kammer wieder abgesetzt werden können. 3) Die Wahlen erfolgen wieder nach Listen (um die Minorität nicht ganz von der Vertretung auszuschließen), und der Sitz der Regierung wird nach Paris zurückverlegt. 4) Die Nationalversammlung bestimmt allein die Verfassung der Republik; sie entscheidet über Krieg und Frieden und hat das Recht der Amnestie und Begnadigung. 5) Jeder Bürger von mehr als 21 Jahren, der sich im Vollgenuss der bürgerlichen Rechte befindet, ist ohne weitere Domizilbedingung Wähler und wählbar. 6) Das Abgeordnetenmandat gilt auf drei Jahre und ist mit denselben Bürgerpflichten auszustatten, wie bürgerliche Mandate. 7) Es ist eine nationale Armee zu bilden, welche nur gegen das Ausland zu dienen hat und der alle wehrfähigen Bürger angehören. 8) Die Verwaltung ist zu vereinfachen; die Staatsämter sind entweder durch allgemeines Stimmrecht oder, wo besondere Fachkenntnisse erforderlich sind, im Wege des Concurses zu besetzen. 9) Wirkliche Verantwortlichkeit jedes mit einem öffentlichen Amte beauftragten Bürgers. 10) Abschaffung der Monopole und Privilegien nach Maßgabe der wirtschaftlichen Lage. 11) Freiheit des Handels und internationalen Austausches auf Grundlage der Gegenseitigkeit. 12) Eine einzige Steuer auf das wirkliche oder abgeschätzte Einkommen von einem gesetzlich zu bestimmenden Minimum ab. 13) Umarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches und Beseitigung der zerstreuten Gesetze, die sämtlich in einem neuen Code aufgehen sollen. 14) Wählbarkeit der Richter, Ausdehnung der Schwurgerichte auf alle Verbrechen und Vergehen, Auslösung der Geschworenen aus sämtlichen wahlfähigen Bürgern. 15) Die Rechtspflege ist für alle Bürger unentgeltlich. 16) Schutz der lokalen Interessen durch Gemeinde-Autonomie.

Dies das Programm. Bei voller Aufrechterhaltung desselben aber soll folgende Punkte den Abgeordneten ein imperatives Mandat\*) mitgegeben werden: 1) Allgemeine Amnestie für alle politisch Verurtheilten. 2) Abschaffung der Todesstrafe. 3) Aufhebung aller Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts, der Pressefreiheit und des ständigen Buchhandels. 4) Gesetzlicher Schutz der persönlichen Freiheit und Unverletzlichkeit des Hausrechts. 5) Trennung der Kirche vom Staate, Abschaffung des Kultusbudgets. 6) Durchführung des Gesetzes, welches die Jesuiten aus Frankreich auswies. 7) Abschaffung der Abgabefreiheit der kirchlichen Genossenschaften. 8) Unentgeltlicher und confessionelloser Unterricht aller Grade, obligatorischer Volks- und Gewerbeunterricht. 9) Abschaffung des Gesetzes über den Belagerungszustand und aller sonstigen Willkürbestimmungen. 10) Wiederherstellung der Ehescheidung. 11) Beseitigung der Männer vom 2. Dezember und aller Urheber ähnlicher Rechtsbrüche in Anklagezustand.

Es sind dies im Wesentlichen — meist wörtlich — die feinerzeit von Duffenois aufgestellten Forderungen. Daß uns dieselben nicht völlig genügen, daß sie zum Theil an Klarheit zu wünschen übrig lassen, mitunter sogar schwer mit unseren Prinzipien in Einklang zu bringen sind, das haben wir bei Wiedergabe der Duffenois'schen Rede bereits gesagt, und wir verweisen hier auf unsere damaligen Ausführungen. Immerhin ist es ein wesentlicher Fortschritt, daß dieses Programm aufgestellt worden ist, welches, trotz aller Mängel, doch als ein sozialistisches und sozialdemokratisches bezeichnet werden muß. — Die „vereinigten Republikaner“ haben ihr Gegenmanifest noch nicht fertig.

\*) Mandat impératif — ein Mandat, welches nur unter der Bedingung erteilt wird, daß der Empfänger sich zur Ausführung der ihm gewordenen Aufgabe, oder im Fall der Nichtausführung, zum Austritt verpflichtet — eine Verpflichtung, hinter der leider nur die persönliche Ehrenhaftigkeit des sich verpflichtenden Individuums steht.

Regierung zu Liegnitz. Er machte aber im Ganzen wenig Wirkung, die Teilnahme war gering und schläfrig, ja sie schien zuletzt gänzlich erlöschen zu wollen.

(Fortsetzung folgt.)

### John Dawatomie Brown.

Die „Newyorker Staatszeitung“ vom 8. September meldet aus dem Städtchen Dawatomie in Kansas unter dem 30. August nachfolgende Feiertage zu Ehren eines amerikanischen Vorkämpfers für Rechtsgleichheit aller Menschen, der unweit jener Stadt seinen berühmten Sieg über eine bedeutend stärkere Macht von Sklavenshaller-Landsknechten vor 22 Jahren gewann und dessen deutsch geschriebene Biographie als Festschrift zum 6. Juli v. J. bei W. Brade in Braunschweig erschienen\*) — wie der Verfasser sagt: „15 Jahre nach dem Heldentode dessen, der das Holz des Galgens heilig gemacht, wie das des Kreuzes, 14 Jahre nach der englischen und 10 nach der in Berlin gedruckten französischen Lebensbeschreibung.“ Jedem Parteigenossen empfehlen wir die Lektüre dieser Schrift. Ueber die Bedeutung Brown's sich zu unterrichten, genügt der wörtliche Abdruck nachstehender Correspondenz des obengenannten Blattes:

„Dawatomie, Kansas, 30. August 1877. Zehntausend Menschen entsprochen heute dem Aufrufe, den Ceremonien der Einweihung des John Brown-Monumentes beizuwohnen. Dr. Degraff, Vorsitzender des Comités, rief die Versammlung zusammen und stellte Gouverneur Robinson von Kansas als den Präsidenten des Tages vor. Der Geistliche Abair, ein Schwager J. Brown's, sprach das Gebet. Resolutionen wurden abgefaßt, welche die Legislatur des Staates Kansas ersuchen, eine Appropriation zur Aufschaffung einer Statue J. Brown's von Bronze oder Marmor zu machen, die in der National-Bildsäulen-Halle des Capitols in Washington als ein der Nation zu machendes Geschenk aufgestellt werden soll. Die Resolutionen sagen, daß es Pflicht der historischen Gesellschaft des Staates Kansas ist, sobald als möglich Maßregeln zu ergreifen, um die persönlichen Erinnerungen der Gefährten in Bezug auf sein Leben und seine Laufbahn in

\*) John Dawatomie Brown, Festschrift zur ersten Säcularfeier der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Dr. A. Prome. Braunschweig 1876, W. Brade jr.

Ueber die Stimmung in französischen Sozialistenkreisen kann der Leser sich in unserer heutigen Correspondenz aus Frankreich unterrichten.

Zur Arbeiterbewegung in Nordamerika. Vom 25.—27. August tagte in Newyork der erste Congress der Arbeitervereinigungen der Vereinigten Staaten. Erschienen waren 11 Delegirte, die 7 Sektionen (deutsche, englische, italienische und französische) vertraten. Beschlossen wurde, der zu gründenden Organisation den Namen: „Central-Verbandsorganisation der Vereinigten Staaten“ zu geben. Ein bestimmtes politisches Programm, das vorlag, wurde verworfen und beschlossen, in politischer Beziehung mit der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten Hand in Hand zu gehen. Die Organisation wird durch 3 Körper geleitet: durch den Congress (welcher alle Jahre einmal stattfinden soll), ein Central-Comité und eine Control-Commission. Nach längerer Diskussion über die Frage, ob die Organisation in ihrem Wesen eine centralistische oder eine föderalistische werden solle, wurde für die erstere entschieden. Die föderalistische Organisation ward ausschließlich von den Vertretern französischer Sektionen befürwortet. Als offizielle Organe wurden die „Arbeiter-Stimme“ von Newyork und der „Emancipator“ von Milwaukee erklärt. Der Congress empfahl allen Mitgliedern, sich der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten anzuschließen, als die einzige Partei in diesem Lande, welche die Interessen des Arbeiterstandes fördern kann. Schließlich wurden noch Beschlüsse gefaßt, die Vereine zur Agitation für Einführung eines ständigen Normal-Arbeitslages, garantiert durch die Gesetzgebung, auffordernd. Desgleichen für Beschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit. — Ganz besonders zu begrüssen ist der Beschluß, in politischen Fragen mit der Arbeiterpartei gemeinsam vorzugehen, — es bekundet dieser Beschluß den endlichen Durchbruch der Ueberzeugung, daß durch rein ökonomische Bestrebungen den Arbeitern auf die Dauer nicht geholfen werden kann. Wenn die Feinde der Arbeiterklasse ihre ökonomische Machtstellung durch politische Mittel aufrecht zu erhalten suchen, so ist es in der That ein Gebot der Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse durch Eroberung der politischen Macht ihre ökonomische Unterjochung zu beseitigen trachtet. Und weil der Arbeiter-Congress diese Wahrheit erkannt hat, deshalb ist er für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung in Nordamerika von besonderer Bedeutung gewesen.

Unsere Kampfmittel werden immer bedeutender. Kaum haben die beiden Revuen in deutscher Sprache, „Die Zukunft“ und „Die neue Gesellschaft“, das Licht der Welt erblickt und sind von allen Seiten freudig begrüßt worden, so signalisirt sich schon eine dritte in französischer Sprache „Le Socialisme progressif“. Diese Revue soll in der Schweiz (wahrscheinlich in Lugano) zweimal im Monat 32—36 Seiten stark erscheinen. (Soviel wir in Gent erfahren, wird sie unter der Redaktion von B. Malon, der auch Mitarbeiter der „Zukunft“ ist, herausgegeben.) Doch will man mit der Herausgabe warten bis die nöthige Zahl von Abonnenten beisammen ist, um die Kosten für ein Jahr zu decken. Der Abonnementspreis beträgt für ein Jahr 12 Fr., für ein Halbjahr 6 Fr., für ein Vierteljahr 3 Fr. 50 Cts. Man abonniert bei Joseph Favre in Vevey (St. Waadt), Dr. C. De Baeppe, Rue Quverens 18 in Brüssel (Freund De Baeppe ist auch Mitarbeiter der „Zukunft“) und Hpp. Federjoli, Professor in Lugano (St. Tessin). Wir begrüßen diese Revue aufs Herzlichste und hoffen, es werde sich durch die wissenschaftlichen Ergänzungen der sozialistischen Journalistik ein völlig brüderliches Einverständnis zwischen den Sozialisten der verschiedenen Nationalitäten — wie es in Gent angebahnt wurde — vollziehen.

Ueberall „Rückgang“. Von Seligenstadt (Hessen) wird den „N. S. B.“ geschrieben: „Bei der Ergänzungswahl für den Gemeinderath haben die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, worunter sich jedoch nur ein ausgesprochener Sozialdemokrat befindet, die Mehrzahl der Stimmen erhalten. Die Sozialdemokraten haben jetzt schon in einer Reihe von Orten im Großherzogthum einzelne Mitglieder ihrer Partei in den Gemeinderath gebracht, wenn dieselben sich auch allenthalben, mit Ausnahme von Bilbel, wo sie die Majorität im Gemeinderath haben, in der Minorität befinden.“ — Laut „Pforzheimer Beobachter“ hat die „Bad. Corr.“ in einem ihrer letzten Artikel den Anspruch gethan: „Die Sozialdemokratie wird im Lande Baden nie festen Fuß fassen.“ — Das Pforzheimer Blatt, welches es (nach der „D. R. P.“) mit den sozialen Fragen ernst-

Kansas zu sammeln und in den Archiven niederzulegen. Festredner des Tages war Senator Ingalls, der mit Hayes' Administration sich zu befreunden verhielt.“

Soweit der Bericht des Newyorker Blattes. Wir fügen nur hinzu, daß in der Schrift unseres deutschen Parteigenossen die Namen sowohl des jetzigen Gouverneurs Robinson als des Predigers Abair sich finden. (Vgl. S. 52 ff. u. S. 101, 3. 2. u.) Ueber Letzteren kann weiter nichts bemerkt werden, als daß er zufällig Schwager des Helden war; wenn Ersterer aber nach 22 Jahren jetzt in begeisterter Festimmung dem todtten Märtyrer huldigt, so ist dies eben nur ein Beispiel mehr für den Treppenvorstand jener weißen Praktiker, die auch uns in Deutschland als regierungsfähige Wundfahnenpartei nicht mehr unbekannt sind, während sie es bei den politisch höher entwickelten Völkern des Westens förmlich zu einer besonderen Junft und Gilde mit handwerkemäßig erlernten und überlieferten Kunstgriffen gebracht haben. Diese Gattung Politiker predigt gegen Bismarck, so lange die Volksfrömmung darnach angethan ist, auf dieser Bahn sich mit Schreierischeibekünften vorzudrängen und aufzuschwingen. Eben dieselben Streber verunglimpfen alle Gegner Bismarck'scher Politik als Vaterlandslose, Reichsfeinde, Antikulturkämpfer u., sobald die Volksfluth anderen Richtungen folgt.

Sollte der Zukunftswind aber die Wellen der öffentlichen Meinung zum dritten Mal anders lenken, so wird jene Praktiker-Junung freudig begeistert mit stüllichem Bathos zum dritten Mal schwanken, und immer voran sind, die Rege aus Darmstadt und unsere Braune! Rüge der Himmel verhüten, daß Bismarck fällt: denn viele dieser Drehlinge würden dann krank an der bekannten Hirnwurmkrankheit.

— Liberale Blumenlese. „Zwanglose Briefe“ lautet der Titel eines Feuilletons im Hamburger „Freischütz“. In der Beilage vom 23. September haben wir da folgenden Passus verübt: „... Und doch ist diese kühne Menschheit so organisiert, daß ein fast allgemeiner Bankrott ausbrechen würde, könnte man plötzlich alle Kriege und alle Armeen abschaffen. Die soziale Dekonomie hat sich im Laufe der Zeit so gestaltet, daß der Krieg einen der wichtigsten Hebel für Handel und Industrie bildet, der freilich nur Einzelnen direkt zu Gute kommt. Der mordlustige Zweifler ohne Flügel (homo sapiens) lebt zu einem großen Theil von Herstellungsproduktionen und ich kann wirklich unseren Sozialdemokraten keinen besseren Rath erteilen als den der Ausstau-

meint als alle anderen liberalen Blätter Badens, bemerkt dazu: „Die sozialdemokratische Partei wird allerdings in Baden keinen festen Fuß fassen, weil sie ihn hier schon gefaßt hat und sie wird hier wie anderwärts sich immer mehr ausbreiten, weil die hirnlose Zerplitterung und Gleichgiltigkeit der übrigen Parteien gegenüber der gemeinsamen Gefahr ihr in Baden wie überall in die Hände arbeitet. Dies die naide unverbrämte Wahrheit, die nicht durch Phrasen aus der Welt geschafft werden kann.“

Die „D. R. P.“ fährt dann weiter aus: „Die Sozialdemokratie darf nicht festen Fuß fassen, also wird sie es auch nicht thun, so lautet das Orakel der Herren Kiefer und Vamey. Die Sozialdemokraten haben sich aber so wenig um das liberale Orakel gekümmert, daß sie zu gleicher Zeit, am 9. September, unter den Augen des liberalen Landesausschusses in Mannheim die konstituierende Generalversammlung ihres „pfälzisch-badischen Freivereins“ abhielten und die Herausgabe eines sozialdemokratischen Wochenblattes unter dem Titel „pfälzisch-badisches Volksblatt“ beschlossen, dessen Probenummer bereits vorliegt.“ — So leisten uns durch derlei Besprechungen die gegnerischen Blätter ohne es zu wollen große Dienste.

### Entgegnung.

Der „Vorwärts“ bringt in Nr. 110 vom 19. September 1877 unter der viel versprechenden Ueberschrift: „Etwas Pfäffisches“ einen Artikel über einige Thesen, welche ich unlängst für eine Pfarrercorferenz aufgestellt und auf derselben vertheidigt habe. Der fragliche Artikel enthält einige Unrichtigkeiten und nöthigt mich schon dadurch, wie durch die gegen mich gerichteten Angriffe, zu einer Erwiderung, in welcher ich den Kritiker einer Kritik unterziehen muß.

Unrichtig ist gleich im Eingang des Artikels die Bemerkung, meine Thesen seien „auf einer Zusammenkunft der heffischen Geistlichen von der evangelischen Mittelpartei, der sogenannten Friedberger Conferenz aufgestellt (?) worden.“ Die Conferenz, auf welcher meine Thesen besprochen wurden, war, wie auch aus dem in den „Evangelischen Blättern“ erschienenen und von dem Herrn Artikelschreiber benützten Referate deutlich hervorgeht, eine gewöhnliche Pfarrercorferenz, auf welcher sämtliche Dekanatsgeistliche anwesend zu sein pflegen, nicht bloß Mitglieder der sogenannten Friedberger Conferenz, deren Zahl vielmehr auf jener Pfarrercorferenz eine sehr geringe war.

Mit der Kritik meiner Thesen macht es sich der Artikelschreiber sehr — ich dürfte wohl sagen: auf unerlaubte Weise — leicht. So enthält allein der Abdruck der beiden ersten Thesen vier nicht unwesentliche Veränderungen. Gleich im ersten Satze wird der Artikel „die“ ausgelassen in den Worten: „unter Berufung auf die angebliche Gleichheit aller Menschen“ — und der ehrenhafte Kritiker verschafft sich so auf sehr bequeme Weise die Gelegenheit anzurufen: „Ketter Satz das! Woher der Herr Pfarrer das Deutsch wohl hat? Keinenfalls aus sozialistischen Schriften.“ — Ich darf wohl mit größerem Recht dagegen fragen: Woher der Herr Artikelschreiber das Lesen wohl hat, wenn er so deutliche Druckfehler nicht lesen kann? Das lesen ja die Schüler unsrer Volksschulen schon im 2. Jahre. — Mein Deutsch habe ich allerdings nicht aus sozialistischen Schriften. Vielleicht hat mein Kritiker das seine bloß daher; aber er dürfte doch wissen, daß es noch andere Bücher in der Welt gibt, die in leidlich gutem Deutsch geschrieben sind. Ich sehe mich um auf meinen wohlbesetzten Bücherregalen. Da stehen die Werke von Luther, Herder, Wieland, Lessing, Schiller, Göthe u. a. Ich dachte, von diesen Leuten ließe sich doch auch deutsch lernen. Der Herr Verfasser muß sich in der Auswahl seiner Lektüre (auch der „sozialistischen Schriften“) doch sehr beschränkt haben; denn sonst hätte er wohl den von mir gebrauchten Ausdruck „Umsturz aller politischen und sozialen Verhältnisse“ nicht befeuert.

Ich will die von dem Herrn beliebten Wortvertauschungen in der zweiten These, wo er in der ersten Stelle statt „solche“ — „sehr“ schreibt, und in der letzten Stelle: „denselben“ für „daselbe“, nicht weiter urgiren. Die Absicht ist klar: wo man nicht tadeln und widerlegen kann, da fällt man.

Luftig ist auch die Kritik meiner dritten These: „Der Sozialismus ist, da er auf falschen Voraussetzungen beruht, zunächst eine intellektuelle, bezw. wirtschaftliche Verirrung, aber in höherem Grade noch, weil er aus unläuterer Beweggründen (Genußsucht, Habguth, Neid, Klassenhaß) entspringt, eine moralische Verirrung.“ — Der Herr Kritiker macht da nach dem Worte „wirtschaftliche“ die Einschaltung: (intellektuell-Genus, wirtschaftlich-Species — schöne Zusammenstellung). Unser

derung.“ Jedes Wort hierzu ist überflüssig. — In der Hamburger „Reform“ vom selben Tage leistet ein namenloser Feuilletonist mit wenig Witz und viel Behagen einen „Mißbild auf die Woche“. Der arme Mann macht Sprünge wie ein Clowa in einem Circus — hier eine kleine Probe davon, nicht ganz ein Sechstel der Gesammt-Leistung. „Die Sozialdemokraten haben in St. Louis eine Millionen-Erbchaft gemacht und die Maßbürger setzen jetzt mit stolzer Berachtung auf die Maßbürger herab. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch Alles, selbst ein Sozialdemokrat, und da kann man es mir, der ich zu derjenigen Klasse der Bevölkerung gehöre, für welche das Wort Eigenthum noch die Bezeichnung einer berechtigten Eigenthümlichkeit ist, doch wahrlich nicht verargen, wenn auch ich eine stille Reue für die Ungenauigkeit der Erbschaft empfinde und in den Jubelruf meiner Freunde, der Sozialdemokraten, Seid umschlungen, Millionen! gern mit einstimmen möchte. Vom Erben bis zum Bekommen ist nun allerdings noch ein großer Schritt zu thun, aber schon das fait accompli des vorhandenen Testaments, womit die Bourgeoisie begünstigt werden, ist für meine Freunde, die Sozialdemokraten, Jaderbrod. Wenn aber erst das Geld im Kasten klingt der Sozialdemokrat aus dem Petroleum springt. Ich aber werde mich bis dahin bestreben, das angestammte Maßbürgerthum abzulegen und zum Ehren-Sozialdemokraten ernannt zu werden, denn es ist doch gar zu schön, ein kleiner Rothschild in der Westentasche zu sein. Was werden die Sozialdemokraten mit den Millionen, nach dem Grundsatze: Je mehr Dollar, je besser! nicht Alles beginnen. Sie werden sofort eine Universität gründen, in welcher nur sozialdemokratische Wissenschaft gelehrt wird; sie werden jedem sich in Verlegenheit Befindenden zinsfreie Pumpe gewähren, kurz — es wird wunderbar commune werden.“ Das Ungenauigkeit Testament muß doch unseren guten Liberalen sehr in der Nase stecken! Es ist übrigens schon, wenn man seinen Kerger vermittelt seines sprühenden Geistes und Humors zu unterdrücken vermag. Nicht wahr?

— Der Hofrath und Dichter a. D., Herr Rudolph von Gottschall, schämt sich seines neuerworbenen Adels wohl in Anbetracht, daß er früher über den Adel allerlei schlechte Witze gerissen hat. Er zeichnet nämlich jetzt noch seine Artikel über Theater u. c. im „Leipziger Tageblatt“ mit dem Pseudonym: Rudolph Gottschall.

— Noch unter dem Böhmert. Wer die „Sozial-Correspondenz“ schreibt, der ist wirklich kein Talent; wer sie aber lobt und — a dazu schreibt, der ist ein — l. Dies mag sich die Redaktion der „National-Zeitung“ merken.



